

# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierteljährig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



**Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowicz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.**



Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beilegung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

**Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2**

Fernsprecher Nr. 501

Fernsprecher Nr. 501

Nr. 178

Dienstag, den 12. November 1929

47. Jahrgang

## Polens Finanz- und Wirtschaftslage

**Finanzminister Matuszewski vor dem Finanzrat — Polens Bindung an den Westen — Für oder wider die Sejmauflösung**

Warschau. Der Leiter des polnischen Finanzministers, Oberst Matuszewski, eröffnete am Sonnabend die Sitzung des Finanzrates mit einer großen wirtschaftspolitischen Rede. Er führte u. a. aus: Das polnische Wirtschaftsleben sei in den vergangenen 11 Jahren fast mit dem Westen vermischt. Als ökonomischer Bestandteil Europas müßte es die guten und die bösen Schicksale des Kontinents teilen. Das Wirtschaftsleben Europas im laufenden Jahre stehe im Zeichen der Kapitalabwanderung nach Amerika und der Kriegsschuldenberechnung. Abgesehen von diesen Erscheinungen hätten verschiedene Staaten infolge der Getreide-Übererzeugung eine besondere Krise durchgemacht. Dadurch werde auch Polen empfindlich getroffen. Polen sei vollkommen auf seine eigene Kraft angewiesen und habe heute sogar die ihm angebotene finanzielle Hilfe abgelehnt, wenn diese die Gefahr einer politischen Bindung im Gefolge hätte. In den letzten Monaten habe die polnische Wirtschaft das in sie gesetzte Vertrauen allem Anschein nach gerechtfertigt. Die Handelsbilanz sei aktiv. Der Grundsatz der größten Sparsamkeit bleibe nach wie vor in Kraft. Nach der Rede des Obersten Matuszewski begann die Ansprache über die Herabsetzung des Diskonts der Bank von Polen, sowie über die beabsichtigte Verfassungsreform.

### Der Wunsch der Monarchisten

Ein offener Brief der Monarchisten an Marschall Pilsudski. In Warschau existiert eine monarchistische Organisation unter dem Namen „Monarchistyczna Organizacja Wszechstanowa“, deren Führer und Vorstand der frühere Sejmaabgeordnete von der „Wyzwolenie“, Dr. Swiatkowski, ist. Gestern nachmittag ließ diese Organisation einen offenen Brief an Marschall Pilsudski durch gedruckte Flugblätter verbreiten. In dem offenen Brief, der vom Vorsitzenden der Monarchistenorganisation Dr. Swiatkowski und zwei seiner Genossen unterzeichnet ist, heißt es u. a., daß das Parlament dem Staate

nicht helfen könne und daß es daher aufgelöst werden mußte. Dem Marschall Pilsudski wird darin anheimgestellt, sich zum Regieren zwecks Einsetzung eines Monarchen auszusprechen zu lassen. Die bisherige republikanische Verfassung sei aufzuheben und im Wege der Volksabstimmung eine neue Verfassung einzuführen. Mit einem Wort: Dieses Flugblatt ruft zum Umsturz der bestehenden Staatsordnung auf. Es wurde durch eine große Anzahl gutbezahlter Burichen am helllichten Tage in den Straßen Warschaws verbreitet. Für ähnliche Vergehen werden die Kommunisten im Uebertretungsfalle mit Gefängnisstrafen bis zu sechs und mehr Jahren verurteilt. Da sich dieses Vergehens aber die „Monarchisten“ schuldig gemacht haben, so werden sie vermutlich strafflos ausgehen, denn das staatsfeindliche Flugblatt wurde nicht einmal konfisziert.

### Für oder wider die Sejmauflösung

Zusammenschluß der drei polnischen Bauernparteien. Warschau. Wie in oppositionellen polnischen Kreisen verlautet, soll innerhalb des Regierungsblokes noch keine Einigkeit in bezug auf die Maßnahmen herrschen, die nach dem Zusammentritt des Sejms am 8. Dezember zu ergreifen seien. Während der konservative Flügel sich gang entschieden für die Auflösung des Parlamentes einsetzt, konnte sich der gemäßigte Flügel zu einem so radikalen Vorgehen noch nicht entschließen. Nach langen Beratungen und Verhandlungen haben sich die drei polnischen Bauernparteien, „Wyzwolenie“, „Wyzwolenie“ und „Radikale Bauernpartei“, zu einer politischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die auch auf ein politisches Zusammenwirken am Lande ausgedehnt werden soll. Es wurde ein Vorschlagsausschuß aufgestellt, der aus den Vorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden besteht. Da zwischen den Parteien und den übrigen Bauerngruppen starke grundsätzliche Gegensätze vorhanden sind, dürfte die praktische Zusammenarbeit noch mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden sein.

### Oberschlesischer Protest gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag

Oppeln. Die ober-schlesischen Kammern und Vereine haben an das Reichswirtschaftsministerium, das Auswärtige Amt, das preußische Handelsministerium und das Reichsernährungsministerium nachstehendes Telegramm gerichtet:

Von schwerer Sorge um die Zukunft der gesamten ober-schlesischen Wirtschaft erfüllt, wenden sich die unterzeichneten Berufsvertretungen Oberschlesiens in letzter Stunde nochmals geschlossen an die Reichsregierung. Oberschlesien kämpft seit Jahren darum, die ihm durch den Friedensvertrag und die Genfer Konvention geschlagenen Wunden zu heilen. Mangels ausreichender Gewährung der so oft erbetenen Unterstützung in Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in ständigem Niedergang begriffen, werden der ober-schlesischen Wirtschaft in dieser Lage noch die Opfer zugemutet, die ein Handelsvertrag mit Polen, aufgebaut nur auf der gegenwertigen Meistbegünstigung ohne Zollbedingungen und auf weitgehenden deutschen Zugeständnissen für die Einfuhr von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten in sich schließt, so wird ein weiterer Niedergang der ober-schlesischen Wirtschaft die weitere Folge sein. Wir warnen auch vor sozialen und nationalen Folgen einer derartigen Gefährdung der Wirtschaftsinteressen Oberschlesiens und bitten daher dringend, einen Handelsvertrag mit Polen auf vorstehender Grundlage unbedingt die Zustimmung zu verweigern.

Das Telegramm ist unterschrieben von der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien, von der Handwerkskammer zu Oppeln, der Landwirtschaftskammer Oberschlesiens, dem Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein E. V., dem Oberschlesischen Bauernverein E. V., dem Oberschlesischen Landbund E. V. und dem Verein der Oberschlesischen Land- und Forstwirte E. V.

### Neue Massenverhaftungen von Russen in der Mandschurei

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, teilt das Telegraphentheater der Sowjetunion mit, daß die chinesische Polizei in der Mandschurei außer den 150 noch weitere Verhaftungen vorgenommen hat. Es sind 350—400 Russen verschleppt und verhaftet worden. Nach einer weiteren amtlichen Mitteilung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion sind die Verhafteten in kein chinesisches Gefängnis eingeliefert worden. In russischen amtlichen Kreisen wird vermutet, daß die Chinesen mehrere der verhafteten Russen erschießen werden. Die russische Regierung wird sich auf telegraphischem Wege mit dem deutschen Generalkonsul in Charkow in Verbindung setzen und ihn bitten, Maßnahmen zum Schutz der Verhafteten zu treffen. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion teilt weiter mit, daß man in russischen amtlichen Kreisen über diese Verhaftungen sehr beunruhigt ist. Die Sowjetregierung wird eine neue Note an Peking senden, in der sie gegen die Verhaftung der russischen Staatsangehörigen in der Nordmandschurei Einspruch erhebt. Weiter sind Gegenmaßnahmen in Aussicht genommen.

## Lardieus Räumungsbedingungen

**Was Frankreich alles fordert bevor die 3. Zone geräumt werden soll**

Paris. Das „Journal Officiel“ fügt aus den Ausführungen Lardieus in der Kammer die hauptsächlichsten Forderungen zu, die der Ministerpräsident als Voraussetzung für die Rheinlandräumung erfüllt haben will:

1. Ratifizierung der Haager Abkommen.
2. Gründung der Internationalen Bank.
3. Auslieferung eines ersten Abschnittes deutscher Reparationschuldenscheine an diese Bank.

Sei das geschehen, so sei die Kommerzialisierung theoretisch erreicht und die Rheinlandräumung beginne. Lardieu erwarte sodann die einzelnen Phasen der in Kraftsetzung des Youngplanes, die folgendermaßen aufeinander folgen müßten:

1. Die schriftliche Niederlegung des Youngplanes (bereits vollzogen).
2. Annahme des Youngplanes durch die beteiligten Regierungen (grundsätzlich vollzogen).

3. Festlegung der Ausführungseinzelheiten, insbesondere der Sitzungen und des Sitzes der Internationalen Bank (ist gegenwärtig in Baden-Baden so gut wie abgeschlossen).
4. Ratifizierung des Youngplanes durch das deutsche Parlament.
5. Ratifizierung des Youngplanes durch das französische Parlament.
6. Ratifizierung des Youngplanes durch alle übrigen beteiligten Länder.
7. Schaffung und Annahme der notwendigen Ausführungsgesetze durch den Deutschen Reichstag, darunter die Eisenbahn, die Internationale Bank, Einsetzung des Verwaltungsrates dieser Bank, Zeichnungen des Kapitals usw., ferner die Übergabe der deutschen Schuldverschreibungen für die Jahreszahlungen des Youngplanes, sowie das Verpflichtungsschreiben der deutschen Reichsbahn.

### Macdonald über seine Amerika-Erlebnisse

London. Vor dem Londoner nationalen Arbeiterklub sprach Ramsay Macdonald am gestrigen Freitagabend über seine amerikanischen Erlebnisse. Während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten, so erklärte er u. a., habe er feststellen können, daß das Verständnis für Großbritannien im Wachsen begriffen sei. Die Bewegung in der Richtung auf Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung habe begonnen. Ohne die Herstellung einer Atmosphäre des guten Willens zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien seien die ausstehenden Fragen nicht zu lösen. Er könne nicht voraussagen, wie sich die Dinge weiter entwickeln würden, aber er wisse, daß die Bemühungen auf weitere und bessere praktische Ergebnisse fortgesetzt würden.

### Tschitscherins Rücktrittsgefuß genehmigt

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Politbüro der Kommunistischen Partei das Rücktrittsgefuß Tschitscherins genehmigt, der von dem Amte des Außenkommissars wegen seines schlechten Gesundheitszustandes entbunden werden wird. Tschitscherin wird sich weiter in Wiesbaden aufhalten.

### Henderson über den Weltfrieden

London. In allen Kirchen und Kapellen Englands fanden am Donnerstag Dankgottesdienste für die Gefallenen statt, denen am Dienstag die Waffenstillstandsfeier folgen wird. Die Feier in Butley erhielt besondere Bedeutung durch die Rede des Außenministers Henderson, der nach einem Gedächtnis für die Toten und Darlegung der Schrecken, die ein neuer Krieg bringen würde, u. a. ansprach:

Die Furcht vor dem Schrecken eines Krieges sei aber nicht groß genug um einen neuen Zusammenstoß zwischen den Nationen zu verhindern, wenn die Nationen ihre Politik auf dem Glauben aufbauten, daß Macht der letzte Schiedsrichter in menschlichen Dingen sei. Die bedeutsame Aufgabe der Aufstellung eines Planes, durch den internationale Streitigkeiten nach Recht und Gerechtigkeit geregelt würden, wie in den Bestimmungen der Bürger zivilisierter Nationen, bleibe noch zu lösen. Mit dieser Aufgabe hätten sich die Regierungen der Welt zu befassen.

Der Zeitgedanke der britischen Regierung bestehe darin, den Völkern zum aktiven Instrument des Weltfriedens zu machen. Auf die bevorstehende Plankonferenz übergehend sagte der Außenminister, er sei überzeugt, daß die teilnehmenden Regierungen vom anfrichtigen Wunsch getragen seien, eine Grundlage für ein Abkommen zu finden, das in nicht ferner Zeit zu einem allgemeinen Abrüstungsabkommen führen werde.



### Zum litauischen Außenminister ernannt

wurde der Generalsekretär des Außenministeriums, Dr. Jaunius. Er wurde als Sohn einer litauischen Familie im Kreise Gumbinnen (Litpr.) geboren und war litauischer Gesandter in Lettland und in der Tschechoslowakei.



